

**An die Unterzeichner*innen des
„Offenen Briefes“ vom 29. April 2022
an Bundeskanzler Olaf Scholz**

Düsseldorf, den 01.05.2022

Gegenposition

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem am 29.04.2022 in der Zeitschrift „Emma“ veröffentlichten „Offenen Brief“ an den Bundeskanzler fordern Sie diesen auf, über die jüngst angekündigte Lieferung hinaus keine weiteren „schweren Waffen“ an die Ukraine zu liefern. Mit diesem „Offenen Brief“ leisten Sie zweifellos einen wichtigen und sicher auch ernstzunehmenden Beitrag zu der öffentlichen Debatte darüber, in welchem Umfang Deutschland die von Wladimir Putins Russland angegriffene Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen diese Aggression auch durch die Lieferung von so genannten „schweren“, also auch für Angriffshandlungen geeigneten, Waffen unterstützen sollte. Obwohl Ihre Position, durch möglichst große Zurückhaltung in dieser Frage den Frieden in Europa und in der Welt sichern und erhalten zu wollen, aus einer gut motivierten ethischen Haltung entspringt und somit höchsten Respekt verdient, vermag ich sie nur als den erwähnten Beitrag zu sehen, der nicht unwidersprochen bleiben kann.

Sie haben – leider – völlig Recht mit Ihrer Einschätzung, dass weitere Waffenlieferungen an die Ukraine den Krieg dort verlängern, einen großen Krieg in Europa, einen 3. Weltkrieg und möglicherweise einen Atomkrieg auslösen könnten. Doch die von Ihnen erhobene Forderung nach einem möglichst raschen Waffenstillstand ist sehr problematisch, weil sie eine Reihe von Fragen aufwirft:

1. Die Vereinbarung eines Waffenstillstands beinhaltet in aller Regel eine – mindestens vorläufige – Anerkennung des zum Zeitpunkt seines Abschlusses gegebenen Status quo. Im hier gegebenen Fall bedeutete dies, dass größere Teile des ukrainischen Staatsgebiets für nicht absehbare Zeit unter Kontrolle der Russischen Föderation verblieben. Angesichts der bisher schon aus den unter zeitweiliger russischer Kontrolle gewesenen ukrainischen Gebieten bekannt gewordenen, von russischen Truppen ganz offenbar verübten Kriegsverbrechen sollte

sich von selbst verstehen, dass eine zeitnahe Vereinbarung eines Waffenstillstands aus ukrainischer Sicht keine Option darstellen kann.

2. Es dürfte mindestens schwierig sein, im Russland Wladimir Putins einen vertrauenswürdigen Verhandlungspartner zu sehen. Im Falle einer – vorläufigen – Beendigung des Konflikts wird es aus ukrainischer Sicht – und nur diese kann maßgebend sein – das Minimalziel sein (müssen), die territoriale Integrität des Landes weitestmöglich wiederherzustellen; d.h., die Grenzen des Landes dürfen nicht weiter zugunsten der Russischen Föderation verschoben werden als dies bereits vor dem 24.02.2022 der Fall war. Dies kann jedoch realistischweise nur aus einer (Verhandlungs-)Position der Stärke heraus erreicht werden, die bei einem rasch abgeschlossenen Waffenstillstand nicht gegeben sein kann.
3. Ein zeitnah vereinbarter Waffenstillstand bedeutete für Wladimir Putin mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass er seine „militärische Spezialoperation“ als erfolgreich betrachten könnte. Die – fehlenden – Reaktionen „des Westens“ auf die russischen Militäraktionen in Georgien 2008 und in der Ukraine seit 2014 dürften bei Wladimir Putin bestehende Großmachtphantasien beflügelt haben (oder vielleicht solche auch erst haben entstehen lassen). Auch ein Teilerfolg in diesem Konflikt (etwa in Gestalt einer Eroberung des kompletten Donbass) wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit geeignet, derartige Phantasien weiter zu beflügeln – mit unabsehbaren Folgen für die unmittelbaren Nachbarn Russlands, letztlich aber auch für die Sicherheit ganz Europas und sogar (mit Blick auf China) die gesamte Welt.

Sicher sind Menschenleben extrem wertvoll und schützenswert, und jedes in diesem Krieg verlorene Menschenleben ist eines zuviel. Insofern: Ja, dieser Krieg sollte so schnell wie möglich beendet werden – aber eben nicht um jeden Preis. Und der Preis für eine zu schnelle Beendigung dieses Krieges könnte hoch sein – sehr hoch, vielleicht gar zu hoch, auf jeden Fall für die Ukraine, möglicherweise aber für uns alle. Wer Putins Ansprache an sein Volk vom 24. Februar 2022 liest wird schnell merken, dass es in diesem Krieg womöglich um viel mehr geht als um die Ukraine: es geht um die Bekämpfung „westlicher“ Werte, um die Bekämpfung von Freiheit, Demokratie, Menschenwürde. Wenn Putin jetzt nicht gestoppt wird, dann sind diese Werte nicht nur in Europa, sondern weltweit in größter Gefahr. Schon jetzt bemüht sich Russland, aber auch und noch viel mehr China, seinen Einfluss insbesondere in Afrika immer weiter auszudehnen. Noch ist es möglich, dem entgegenzuwirken; gewinnt Putin den Krieg gegen die Ukraine, dürfte dies ungleich schwieriger werden.

Sie fordern den Bundeskanzler in Ihrem Brief auf, seine „besonnene“ Haltung in der Frage der Unterstützung der Ukraine zu wahren bzw. zu ihr zurückzufinden. Ich darf Sie daran erinnern, dass Olaf Scholz in seiner „Zeitenwende“-Rede vom 27. Februar 2022 vor dem Deutschen Bundestag erklärt hat: „Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen!“ Unterstützen Sie ihn bitte in diesem Bemühen; die Gründe hierfür habe ich in diesem Brief genannt. Ja, es stimmt: ein dritter Weltkrieg ist in der gegenwärtigen

Situation nicht auszuschließen. Nur: Ob es dazu kommt, entscheidet allein Wladimir Putin. Er sollte wissen, dass er – und auch sonst niemand – einen solchen Krieg nicht gewinnen kann. Wenn er sich noch einen Funken von Rationalität bewahrt hat, wird er einen solchen Krieg daher nicht beginnen. Wenn dies jedoch nicht der Fall ist, wird nichts und niemand ihn aufhalten können. Ihm wie das Kaninchen der Schlange gegenüberzustehen, kann in dieser Situation daher nicht die Lösung sein; folglich sollte niemand weder Bundeskanzler Olaf Scholz noch irgendjemand anderem hierzu raten.

Und was die von Ihnen befürchtete unkontrollierbare Rüstungsspirale betrifft: Ja, es wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer massiven Aufrüstung kommen; aber hierin liegt auch eine Chance. Ich habe den so genannten „NATO-Doppelbeschluss“ immer abgelehnt – bis zum Ausbruch dieses Krieges. Dieser hat die Erkenntnis in mir reifen lassen, dass dieses „Gleichgewicht des Schreckens“ möglicherweise nicht so völlig verkehrt war: Immerhin hat es dazu geführt, dass nach dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow und dem darauf folgenden Ende der UdSSR eine ganze Reihe von Abrüstungsvereinbarungen getroffen werden konnten. Wladimir Putin wird nicht ewig Russland regieren. Nach ihm sollten Möglichkeiten gefunden werden, aus einer Position der Stärke heraus zu neuen Abrüstungsvereinbarungen zu kommen. Allerdings wird dann darauf geachtet werden müssen, dass – anders als bei den genannten zustande gekommenen Vereinbarungen – aus der „Position der Stärke“ nicht wieder eine „Position der Arroganz“ wird, sondern die Verhandlungen vollkommen unter Partnern auf Augenhöhe geführt werden. Was ich damit meine, lesen Sie bitte in dem von mir verfassten Artikel „Putins Angriff auf die Ukraine“ auf S. 70 f. nach, den Sie auf meiner Homepage www.kuehler-kopf.de abrufen können.

Mit Dank für Ihre Aufmerksamkeit und freundlichen Grüßen



Bernd Masmeier